

Pressemitteilung JES Bundesverband und JES NRW

Stark steigende Todesfälle ein Zeichen für Versagen der Drogenpolitik

1.826 Menschen sind nach Angaben des Bundesministeriums für Gesundheit 2021 in Deutschland an den Folgen von Überdosierungen und Schwarzmarktsubstanzen verstorben. Wenn es noch eines Zeichens für einen Wechsel in der Drogenpolitik bedurft hätte, sind das diese 1826 Todesfälle.

„Ein fast 16 prozentiger Anstieg der Todesfälle zum Vorjahr und 44 Prozent mehr als 2017 sind ein trauriger Anlass, eine sofortige Entkriminalisierung von Konsument*innen politisch umzusetzen und die staatlich kontrollierte legale Abgabe von Drogen auch über Cannabis hinaus ernsthaft zu diskutieren“, sagt dazu Mathias Häde vom JES Bundesvorstand.

„Der Ausbau schadensmindernder Angebote wie z.B. Drogenkonsumräume, Drug Checking, Heroinbehandlung bleibt wichtig, aber wir sehen, dass diese Angebote bei unveränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht ausreichen, um eine Trendumkehr zu erwirken, so Claudia Schieren vom Vorstand des JES Bundesverbands.

JES fordert daher u.a. die rechtliche Gleichstellung der Heroin gestützten Behandlung mit anderen Formen der Substitutionsbehandlung. Dies wäre ein Schritt zur legalen medizinisch kontrollierten Abgabe von Heroin für die Opiatkonsument*innen, welche die größte Gruppe der Verstorbenen abbildet.

„Die Kriminalisierung von Drogengebraucher*innen bringt jedes Jahr tausendfaches Leid in Familien und Partnerschaften, berufliche Existenzen werden zerstört. Und die Gesundheit hunderttausender Konsument*innen wird durch verdreckte Schwarzmarktsubstanzen geschädigt“, erläutert dazu Cora Meister vom Vorstand des Landesverbands JES NRW.

Nach Meinung des JES Netzwerks kann Portugal hier tatsächlich als Vorbild dienen. Dort hat die Entkriminalisierung von Konsument*innen dazu geführt, die Haftanstalten zu leeren und wirksame Hilfeangebote zu stärken. Zudem hat sich die Zahl der Drogenkonsument*innen deutlich reduziert.

Natürlich sind diese Veränderungen nicht nur durch die Bundesregierung zu realisieren. Hier wären auch die Bundesländer und Kommunen gefordert. Bis auf wenige Ausnahmen sind Drogen- und Aidshilfen schon heute nicht mehr in der Lage, ihren immer vielfältigeren Aufgaben gerecht zu werden. Eine Studie des Robert Koch Instituts und der Deutschen Aidshilfe zeigt, dass viele Einrichtungen nicht einmal über ausreichende Finanzen verfügen, um eine bedarfsgerechte Abgabe von Spritzen, Nadeln, Pfeifen und anderen Utensilien zu gewährleisten. So verfehlt Deutschland die WHO Ziele von 200 Spritzen und Nadeln pro Person pro Jahr mit nur ca. 130 Stück deutlich.

„Nur wenn Bund und Länder gemeinsam ihre gesetzgeberische Verantwortung wahrnehmen, wird die Zahl der Menschen, die an Überdosierungen durch Schwarzmarktsubstanzen versterben, reduziert werden können“, so Claudia Ak vom JES Bundesvorstand abschließend.

Kontakt: Mathias Häde, mathias.haede@gmail.com, Mobil: 0176 39569496